

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2023 | Nummer 2



## Indigenenrechte in Brasilien

### Zwischen Hoffnung und Realpolitik

**Die indigene Gemeinschaft der Tupinambá treibt die staatliche Anerkennung ihres Territoriums voran. Ende März hat sie ein entsprechendes Gesuch bei der Indigenenschutzbehörde FUNAI eingereicht. Die Hoffnung auf eine schnelle Anerkennung war gross. Doch die realpolitischen Verhältnisse dämpfen diese empfindlich, denn die Folgen der Politik des Ex-Präsidenten Bolsonaro sind überall spürbar.**

Kurz nachdem der neue Präsident Lula sein Amt angetreten hat, reiste eine Delegation der Tupinambá nach Brasília. Dort reichte sie bei der staatlichen Indigenenschutzbehörde FUNAI ihren Antrag auf die Anerkennung ihres Gebietes zusammen mit einem Bericht ein, der die geographischen Daten ihres Territoriums und ihre Geschichte auf dem Gebiet dokumentiert. Dies ist ein bedeutender Schritt im Kampf um die staatliche

Anerkennung ihres Territoriums als «Terra Indígena». Der Lebensraum ist für indigene Gemeinschaften im Amazonas Bestandteil ihrer Lebensweise und Identität und damit eine Voraussetzung für ihr physisches und kulturelles Überleben. Doch auch für den Rest der Welt ist der Schutz indigener Territorien überlebenswichtig: Der Regenwald ist in indigenen Territorien am besten geschützt und auch die Biodiversität bleibt mit der staatlichen Anerkennung solcher Gebiete bestehen. Diese ist daher auch eine wichtige Massnahme zur Bewältigung der Klimakrise.

#### Langwieriger Demarkierungsprozess

In Brasilien ist die Bedeutung des Territoriums für die indigenen Gemeinschaften im geltenden Recht verankert. Die brasilianische Verfassung sowie die ILO Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker,



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Der illegale Goldabbau und die damit einhergehende Zerstörung im Gebiet der Yanomami soll unter Lula beendet werden.

in Brasilien seit 2002 in Kraft, halten unmissverständlich fest: Indigene Gebiete müssen abgegrenzt, den Gemeinschaften zugesprochen und staatlich geschützt werden.

Doch die Realität sieht anders aus. Um ein Gebiet staatlich anerkennen zu lassen, müssen die indigenen Gemeinschaften mehrere Schritte durchlaufen und hohe Hürden überwinden: Die erste Etappe des Prozesses ist die Identifikation des Gebiets und die Grenzziehung mittels geographischer Daten. Dafür führt eine Arbeitsgruppe, die aus Vertreter:innen der Tupinambá und wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der FUNAI besteht, eine Studie durch, in welcher die anthropologischen, historischen, soziologischen, juristischen und kartographischen Fakten zum Gebiet erörtert werden. Auf Grundlage dieser Studie entscheiden die Behörden, ob ein Anerkennungsverfahren weitergeführt oder abgebrochen wird.

Das Demarkationsverfahren wird durch einen präsidialen Entscheid abgeschlossen. Bis zu diesem Entscheid kommt es manchmal gar nicht erst: Gewisse Verfahren sind seit 1982 in Bearbeitung und noch immer nicht abgeschlossen. Ein Grund dafür ist die Untätigkeit des Staates, ganz besonders unter Bolsonaro: Zurzeit laufen über 200 Prozesse und der FUNAI fehlt es an Ressourcen, diese zeitnah zu Ende zu bringen. Der Kampf der Tupinambá um ihr Territorium wird also noch viel Geduld und Energie beanspruchen – denn die Folgen der rechtsextremen Politik Bolsonaros werden noch eine lange Zeit spürbar sein.

#### Politik: Rückblick und Hoffnungsschimmer

Die Tupinambá sind wie alle indigenen Gemeinschaften Brasiliens seit Beginn der Kolonisation massiv bedroht. Unter Bol-

sonaro nahm die akute Bedrohung ein neues Ausmass an. Die Folgen seiner Politik sind auch für andere indigene Gemeinschaften schwerwiegend: Anfang Jahr hat Präsident Lula den Gesundheitsnotstand im Yanomami-Gebiet ausgerufen. Schockierende Bilder gingen um die Welt und das oberste Gericht Brasiliens hat die Eröffnung einer Untersuchung wegen Genozids angeordnet: In den letzten Jahren starben nebst vielen Erwachsenen über 500 Yanomami-Kinder an Hunger, Malaria und anderen vermeidbaren Ursachen. All dies im Wissen der Bolsonaro-Regierung, welche der Katastrophe untätig zusah.

Auch sonst hat Bolsonaro, erklärter Feind der indigenen Gemeinschaften, alles in seiner Macht Stehende getan, um diese ihrer Rechte zu berauben. Wie im Wahlkampf versprochen, hat er für indigene Gemeinschaften «keinen Zentimeter Land» anerkannt und sämtliche Demarkierungsprozesse unterbrochen. 2020 erliess er darüber hinaus ein Dekret, welches erlaubte, noch nicht anerkannte indigene Territorien an Private zu verkaufen und trieb durch Gesetzesprojekte den Bergbau in indigenen Gebieten voran. Die faktische Straffreiheit für illegale Bergleute und andere Invasoren unter Bolsonaro führte zur explosionsartigen Zunahme von Gewalt gegen Indigene, zum Beispiel durch illegale Goldgräber.

#### Zwischen Hoffnung und Realpolitik

Die Wahl Lulas darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Regierung vor erheblichen Hindernissen und Herausforderungen steht. «Lula ist zwar an der Regierung, jedoch nicht an der Macht», stellt der Rechtsprofessor Sven Peterke in den Brasilien-Nachrichten fest. Weite Teile der Bevölkerung sind dem neuen Präsidenten gegenüber feindlich eingestellt und das neu gewählte Parlament ist mit deutlicher Mehrheit rechtsgerichtet.

Historisch Ausgeschlossene sind nach wie vor krass untervertreten: Es wurden kaum Frauen oder Schwarze, indigene oder queere Menschen gewählt. Die reaktionäre Rechte kann trotz Lulas Wahlsiegs nach wie vor kaum überschätzt werden. Der neue Präsident wird angesichts diverser anstehender Entscheidungen im brasilianischen Parlament und beim Obersten Bundesgericht zeigen müssen, auf welcher Seite er in Sachen Indigenenrechten steht.

Dennoch gibt es seit Lulas Amtsantritt als Präsident auch wieder Hoffnung. Bereits mit seinen ersten Amtshandlungen hat er die Bedeutung der indigenen Gemeinschaften für Brasilien anerkannt. Ein Ministerium für indigene Völker wurde geschaffen, Ministerin ist die indigene Leaderin Sônia Guajajara, eine Partnerin der GfbV. Die FUNAI wurde aus dem Justiz- ins neu erschaffene Ministerium verlegt, an ihre Spitze kam die indigene Leaderin und Anwältin Joënia Wapichana.

In ihrem Bericht an die FUNAI schreiben die Tupinambá: «Joënia Wapichanas historischer Amtsantritt als Präsidentin der FUNAI bedeutet für uns, die indigenen Völker in ganz Brasilien, die Möglichkeit, endlich legitime Gestalter:innen jener Politik zu werden, die unsere Territorien, Kulturen und unser Leben betrifft.» Mit dem Bericht haben die Tupinambá nun die erste Hürde genommen, damit ihr Gebiet staatlich anerkannt wird – die beste Grundlage, um ihr Gebiet, ihre Identität und ihre Kultur nachhaltig zu schützen.

Leonor Hernández, Praktikantin Programm Amazonas

#### Goldgräber im Yanomamigebiet

Im letzten Regierungsjahr Bolsonaros kam es zu einer explosionsartigen Zunahme der illegalen Goldgräberei im Gebiet der Yanomami - 54 Prozent mehr als im Vorjahr. Niemand weiss, wie viele Goldgräber sich aktuell im Territorium befinden.

Lula hatte ihnen eine Frist bis zum 6. April gesetzt. Seither sollen alle illegalen Goldgräber, die sich im Gebiet befinden, festgenommen werden. Nach der Ankündigung Lulas flüchteten sie aus dem Yanomami-Gebiet, während Militär und Polizei ihre Camps, Flugzeuge, Helikopter und andere Teile ihrer Ausrüstung zerstörte.

Die Behörden treffen teilweise auf massiven, bewaffneten Widerstand. Doch der Rückzug der Goldgräber zeigt, dass die Operation Wirkung erzielt. Da die illegalen Goldgräber meist aus prekarierten Gesellschaftsschichten mit wenig legalen Einkommensmöglichkeiten stammen, wird sich noch zeigen müssen, ob die Strategie nachhaltig ist.



## Editorial

*In Brasilien scheint sich das Blatt zugunsten indigener Gemeinschaften gewendet zu haben. Der neue brasilianische Präsident Lula da Silva hat schon mehrere entsprechende Massnahmen ergriffen. So sollen indigene Territorien endlich wieder staatlich anerkannt werden können – damit sind nicht nur der brasilianische Amazonas und andere Ökosysteme, sondern auch die Rechte indigener Gemeinschaften besser geschützt. Im Leitartikel erfahren Sie mehr über die politische Lage und darüber, dass indigene Gemeinschaften auch unter Lula dafür kämpfen müssen, ihr Gebiet anerkennen zu lassen. Auf der Doppelseite in der Mitte des Hefts können Sie sich in eine grafische Darstellung zum Thema vertiefen.*

*Aber auch in europäischen Ländern werden die Rechte indigener Gemeinschaften oftmals nicht eingehalten: Lesen Sie auf Seite 7 über Proteste in Norwegen. Dort fordern Sámi- und Klimaaktivist:innen den Staat auf, einem Unternehmen Einhalt zu gebieten, das die Rechte indigener Gemeinschaften missachtet – denn Indigenenrechte dürfen nicht den Interessen der Unternehmen geopfert werden.*

*Dass Indigenenrechte wirtschaftlichem Profit untergeordnet werden, ist ein jahrhundertaltes Problem. Im Rahmen der Bemühungen, grüne Energien zu erzeugen, erhält dieses eine neue Dimension. Denn die für grüne Energien benötigten Rohstoffe befinden sich auch auf indigenen Gebieten. Die internationale Koalition SIRGE, der auch die GfbV angehört, setzt sich dafür ein, dass indigene Gebiete nicht ohne die Zustimmung indigener Gemeinschaften ausgebeutet werden und die grüne Transformation nicht auf deren Kosten stattfindet. Dass dies durchaus eine reale Gefahr ist, zeigen wir Ihnen auf Seite 6 und 7. Im Interview auf Seite 8 fordert Pavel Sulyandziga, Vorsitzender des SIRGE-Steering Committees, eine gerechte grüne Transformation und betont, dass Solidarität dafür grundlegend ist.*

*Wir wünschen Ihnen eine kritische Lektüre!*

*J. Büsler*

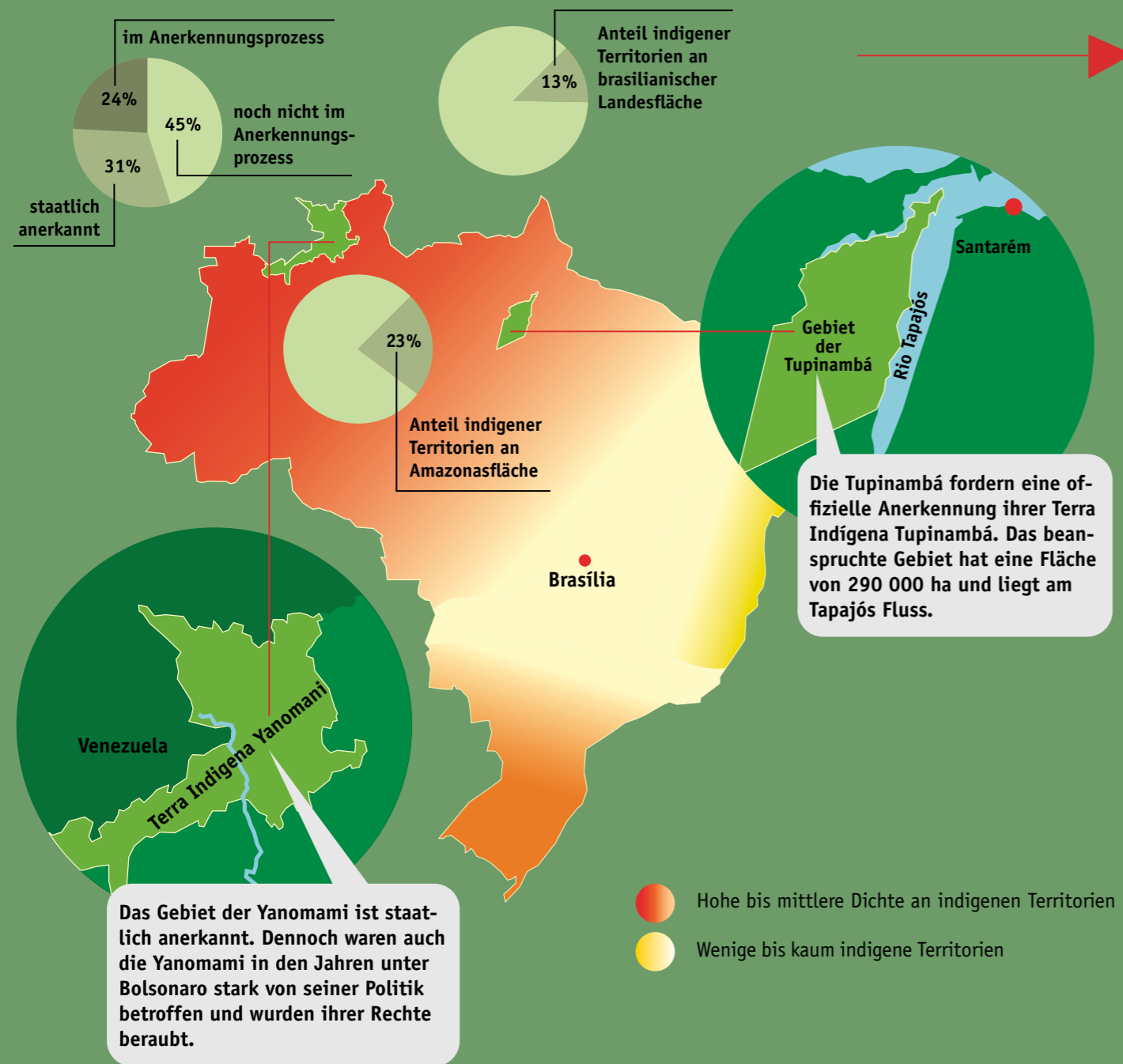
Julia Büsler, Programmleiterin

#### IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2023 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Spendenkonto:** Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Reta Barfuss und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Leonor Hernández, Nadira Soraya Haribe, Reta Barfuss **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 5000 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** Vinicius da Silva Machado

# Der lange Weg zur «Terra Indígena»

Indigene Gebiete müssen gemäss brasilianischer Verfassung staatlich anerkannt und geschützt werden. Dennoch gibt es noch viele Gebiete, die nicht anerkannt sind oder sich erst im langwierigen Anerkennungsprozess befinden. So auch das Gebiet der Tupinambá, die diese Anerkennung nun selbst vorantreiben.



## So geht die Demarkierung



### Historische Eckdaten:

Das Gebiet, das heute Brasilien angehört, ist seit mindestens 12'000 Jahren von Menschen besiedelt.

**1500:** Portugiesische Kolonisator:innen fallen im heutigen Brasilien ein und bauen mit Sklav:innenarbeit Holz ab und Zuckerrohr an.

**1800:** Beginn des Goldabbaus in manchen Gebieten. Gold wird zum Hauptprodukt der brasilianischen Wirtschaft.

**1988:** Nach langer Diktatur erhält Brasilien eine neue Verfassung, die indigenen Gemeinschaften das Recht auf ihr Territorium garantiert.

**2002:** Brasilien ratifiziert die ILO Konvention 169 über die Rechte Indigener Völker.

**2018:** Bolsonaro wird Präsident. Er fördert den Goldabbau und sämtliche Demarkierungs-Prozesse werden unterbrochen.

**2022:** Lula wird zum dritten Mal Präsident. Er verspricht weitgehende Verbesserungen für indigene Gemeinschaften, darunter die Wiederaufnahmen staatlicher Anerkennungsprozesse indigener Gebiete.

**2023:** Zum ersten Mal in der Geschichte erhält Brasilien ein Ministerium für Indigene Angelegenheiten. Das Ministerium wie auch die Indigenenschutzbehörde FUNAI werden erstmals von Indigenen geführt

## Keine Klimawende auf Kosten indigener Gemeinschaften



Indigene Gemeinschaften sensibilisieren für die Folgen der geplanten Lithiummine in Peehee Mu'huh.

**In den USA wird ohne das Einverständnis der Paiute und Shoshone eine Lithiummine auf ihrem Gebiet gebaut, unter anderem für Elektromobile. Doch die indigenen Gemeinschaften leisten Widerstand: Die Mine zerstört nicht nur ihr Land, sondern löscht auch ihre Geschichte aus. Damit werden jahrhundertalte Probleme fortgeführt - diesmal im Namen der grünen Wende. Und die Mine auf dem Gebiet der Paiute und Shoshone ist kein Einzelfall.**

«Wenn wir nichts gegen den Bau der Mine tun, verlieren wir nicht nur Ressourcen und Mineralien, sondern auch unsere Geschichte. Diese können wir nie zurückholen», schreibt der Shoshone und Paiute Gary McKinney. Doch es ist schon fast zu spät: Der Bau der Mine auf dem Gebiet Peehee Mu'huh (dem sogenannten Thacker Pass) im US-Bundesstaat Nevada hat im März 2023 begonnen. Unter Peehee Mu'huh liegt ein grosses Lithiumvorkommen. Damit kann das Minenunternehmen grossen Profit generieren.

Doch Peehee Mu'huh ist viel mehr als das. Es liegt im Territorium der indigenen Gemeinschaften der Paiute und Shoshone, das Schauplatz eines schrecklichen Massakers an den Paiute durch die US-Kavallerie in 1865 war. Deshalb ist Peehee Mu'huh auch eine unantastbare Grabstätte mit jahrhundertalter kultureller und religiöser Bedeutung. Nun zerstört die Mine diesen

bedeutungsreichen Ort und löscht damit auch für die Aufarbeitung der Schrecken so wichtige Erinnerung aus, wie McKinney betont. Darüber hinaus dient Peehee Mu'huh den Bewohner:innen als Quelle für Medizin und Grundnahrungsmittel und beheimatet unterschiedlichste Tier- und Pflanzenarten. Die Mine wird all dies zunichte machen, auch aufgrund der zu erwartenden Wasserknappheit: Die Mine wird dem Gebiet jährlich über sechs Milliarden Liter Wasser entziehen.

Dennoch werden den indigenen Gemeinschaften das Mitspracherecht abgesprochen und ihre Rechte auf ihr angestammtes Land missachtet. Die Gruppe «People of Red Mountain» wehrt sich deshalb mit dem Slogan «Leben über Lithium» gegen die Mine. Mit dieser Gruppe fordert McKinney Gerechtigkeit für die Natur und macht deutlich: «Wir wollen unsere vertraglichen Rechte endlich durchsetzen».

### Minen für eine grüne Wende

Der Bau der Lithiummine auf Peehee Mu'huh ist beispielhaft für die massive Zunahme an Lithiumminen. Das Mineral braucht es für die Herstellung der Lithium-Ionen-Batterien, die insbesondere für Elektromobile gebraucht werden. Damit gehört Lithium zu den sogenannten Übergangsmaterialien, zu denen auch andere Mineralien wie Kupfer, Kobalt und Nickel zählen. Diese sind für den Übergang von der fossilen zur grünen Energie grundlegend. Entsprechend nimmt

die Planung neuer Minen rasant zu – besonders in indigenen Gebieten. Laut einer Studie von 2022 befinden sich 54 Prozent der Minen für Übergangsmaterialien auf oder in der Nähe anerkannter indigener Territorien, in den USA sind sogar 79 Prozent aller Lithiumminen auf oder in der Nähe indigener Gebiete. Einmal mehr sollen indigene Menschen für eine Wirtschaft bezahlen, die der Konsumgesellschaft dient.

### Das Recht auf FPIC

Indigene Gemeinschaften können beim Bau solcher Minen meist nicht mitentscheiden. Fast immer missachten Unternehmen und Staaten das Recht auf FPIC (Free, Prior and Informed Consent). FPIC ist ein völkerrechtliches Instrument der UNO, um sicherzustellen, dass indigene Gemeinschaften freiwillig, frühzeitig und gut informiert den Unternehmen ihr Einverständnis für deren Aktivitäten geben. Dabei müssen sie immer die Möglichkeit haben, ihre Zustimmung zu einem Minenprojekt zu verweigern. FPIC beinhaltet also das Recht, nein zu sagen, es beinhaltet aber auch das Recht, ja zu sagen und vor allem die Konditionen der Nutzung zu bestimmen. Es ist höchste Zeit, dieses Recht auf indigene Mitsprache sowohl gegenüber staatlichen Behörden als auch Firmen durchzusetzen. Denn die grüne Wende ist bereits in vollem Gange und nicht nur auf Peehee Mu'huh, sondern auch andernorts werden Indigenenrechte beim Bau und Betrieb von Minen für Übergangsmaterialien missachtet - mit weitreichenden Folgen für die dort lebenden Gemeinschaften.

Dies zeigt auch das Beispiel des Rohstoffkonzerns Nornickel, der auf der russischen Taimyr-Insel ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinschaften das Übergangsmaterial Nickel abbaut. Der Nickelabbau verursacht starke Luftverschmutzung und das Unternehmen entsorgt giftige Rückstände in der Tundra. Im Mai 2020 geschah die grösste Umweltkatastrophe der Arktis: Aufgrund nachlässiger Handhabung flossen 21'000 Tonnen Dieselöl in die umliegende Natur – ebenfalls indigenes Land – und verseuchten zwei Flüsse.

Auch in Solaranlagen und Windkraftanlagen sind Transitionsmineralien verbaut und entsprechende Grossprojekte benötigen weite

Landflächen. So auch auf der norwegischen Halbinsel Fosen, auf der das Unternehmens Fosen Vind DA ohne Einverständnis der dort lebenden Gemeinschaft eine grosse Windkraftanlage betreibt. Diese macht grosse Teile der Winterweiden der Rentiere unnutzbar und indigene Rentierzüchter:innen verlieren ihre Lebensgrundlage. Der oberste norwegische Gerichtshof erklärte die Anlage für illegal, doch die Turbinen drehen weiter (Siehe nebenstehende News).

### Fortsetzung kolonialer Ausbeutung

Diese Fälle zeigen: Das Recht auf indigene Selbstbestimmung und Mitsprache ist grundlegend, damit der Übergang zu grünen Energien nicht die Probleme fortführt, die mit dem Siedlerkolonialismus begonnen haben und sich auch in der Erschliessung fossiler Brennstoffe zeigen: Indigenes Land wird ohne Mitentscheidung der dort lebenden Gemeinschaften ausgebeutet, die Rechte indigener Gemeinschaften für Profit missachtet, indigene Selbstbestimmung untergraben und kulturelle, spirituelle und religiöse Bedeutungen der indigenen Gebiete geopfert. Bei Peehee Mu'huh ist dies besonders deutlich: Die Umwelt wird langfristig zerstört und indigene Geschichte begraben, die Missachtung indigener Rechte jedoch fortgeführt – diesmal im Namen der grünen Transition.

Damit die grüne Transition nicht auf Missachtung indigener Selbstbestimmung aufbaut, muss ein grundlegendes Umdenken stattfinden: Die Klimakrise ist zu einem grossen Teil durch industrialisierte Gesellschaften und deren Umgang mit Ressourcen ausgelöst, nicht durch indigene Gemeinschaften. Dennoch sind sie überproportional von den verheerenden Folgen wie auch von den Folgen der bisherigen Lösungsansätze betroffen. Indigene Gemeinschaften müssen nicht nur aus Gründen ihres Rechts auf FPIC mitentscheiden – indigene Expertise muss im Mittelpunkt einer gerechten Transition stehen.

Text: **Nadira Soraya Haribe**, Praktikantin Schwerpunkt Wirtschaft und Menschenrechte, **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation



*Die GfbV hat zu den im Artikel erwähnten Fällen Fosen und Nornickel bereits gearbeitet. Aufgrund der grossen Problematik des Themas wird sich die GfbV nun vermehrt mit den Zusammenhängen von Indigenenrechten und der Grünen Wirtschaft auseinandersetzen. Die GfbV ist Teil der Koalition Securing Indigenous Peoples' Rights in the Green Economy (SIRGE). Diese hat als Ziel, die Indigenenrechte in der grünen Transition vollumfänglich zu sichern und für diese einzustehen. Von zentraler Bedeutung ist die Forderung nach dem Free, Prior and Informed Consent (FPIC) bei allen Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Grünen Wirtschaft Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften haben. Dies betrifft sowohl die Wirtschaft als auch staatliche Behörden. Die SIRGE Koalition besteht aus den fünf Organisationen Cultural Survival, First Peoples Worldwide, Batani Foundation, Earthworks und der GfbV. Die Koalition wird durch ein Lenkungs-gremium von ausschliesslich indigenen Vertreter:innen aus allen indigenen Grossregionen geführt.*



## Norwegen: Staat und Unternehmen ignorieren Gerichtsurteil

**Ende Februar besetzten Sámi- und Klimaaktivist:innen das Energie- und Ölministerium in Oslo. Sie protestierten gegen den Betrieb der Windkraftanlage auf der Halbinsel Fosen und forderten, dass endlich mit dem Rückbau und der Renaturierung des indigenen Gebietes begonnen wird.**

Genau fünfhundert Tage nach einem historischen Gerichtsentscheid fand die Besetzung des Ministeriums statt: Das höchste Gericht Norwegens stellte Ende 2021 fest, dass der Bau und Betrieb der 150 Windturbinen auf Fosen die Menschenrechte der dort lebenden Sámi missachten. Die Turbinen schaden insbesondere der Rentierzucht: «Wegen der Anlagen weiden die Tiere nicht mehr dort. Wenn wir Sámi kein Land mehr haben, wohin sollen wir gehen», fragt die Rentierzüchterin Elle Rávdná. «Was viele nicht verstehen: Es geht um unser Leben und um unser Recht, zu existieren».

Der Staat und die beteiligten Unternehmen respektieren dieses Recht auch fünfhundert Tage nach dem Gerichtsentscheid noch immer nicht, denn die Windräder drehen sich weiter. Unter den beteiligten Unternehmen sind auch Energy Infrastructure Partners mit Hauptsitz in Zürich und der Berner Energiehersteller BKW. Dieser reagierte mit einer Medienmitteilung auf die Besetzung und behauptete, dass der «Betrieb der Anlagen durch das Urteil nicht unmittelbar berührt» sei. Dies ist schlicht falsch. Und es zeigt auf, dass das Unternehmen seinen Profit weiterhin über die Rechte indigener Gemeinschaften stellt – obwohl es nach einem von der GfbV angeregten Schlichtungsverfahren 2021 indigene Rechte in seinen internen Richtlinien verankert hat.

Entsprechend geht für die Sámi das Ringen um ihre Rechte auch nach Ende des Protestes weiter. Die Aktivistin Ella Marie Hætta Isaksen liess keinen Zweifel daran: Sie seien bereit «weiterhin Druck auszuüben, wenn die Regierung ihre Arbeit nicht macht», so die Sámi.

Text: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation



## «Solidarität könnte eine grosse Rolle spielen»

**Der Udege Pavel Sulyandziga hat bei seinem langjährigen Einsatz für die Rechte indigener Gemeinschaften unterschiedliche Lösungen erarbeitet. Seine Erfahrungen bringt er nun in die SIRGE Koalition ein, die sich für indigene Mitsprache und Rechte in der grünen Transformation einsetzt.**

Interview: **Reta Barfuss**, Praktikantin Kommunikation / Foto: **Broddi Sigurdarson** / UNPFII

### Warum beschäftigst du dich mit der grünen Transformation?

Die sogenannte grüne Energie erfordert eine Menge Rohstoffe, die auch in indigenen Gebieten zu finden sind. Manche sagen, dass diese Ressourcen für indigene Gemeinschaften ein Fluch sind. Indigene Gemeinschaften könnten die ersten Opfer des grünen Booms werden. Die grüne Transformation könnte eine Welt schaffen, in der manche Regionen schön und sauber sind, während andere als Wüsten zurückbleiben, schmutzig und zerstört – nämlich die indigenen Gebiete. In der SIRGE Koalition setzen wir uns für eine gerechte Transformation ein.

### Wie ist die SIRGE Koalition entstanden?

2020 führte ein Dieselleck beim russischen Unternehmen Nor-nickel auf der Taymir-Halbinsel zu einer Umweltkatastrophe. Bei unserer Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Katastrophe wurden wir auf Fälle in anderen Regionen aufmerksam, in denen indigene Rechte im Zuge des Mineralienabbaus missachtet werden – auch jener Mineralien, die für eine grüne Transformation benötigt werden. Für eine gerechte Transformation, müssen alle Seiten in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden – auch indigene Gemeinschaften und Arbeiter:innen. Die SIRGE Koalition achtet darauf, dass ihre Rechte beim Übergang zur grünen Wirtschaft respektiert werden.

### Wie kann eine gerechte Transformation erreicht werden?

1991 habe ich noch gesagt, dass indigene Gemeinschaften und Unternehmen niemals zusammenarbeiten können, da sich ihre Interessen fundamental widersprechen. Mittlerweile bin ich ein Verfechter von Verhandlungen. Zu dieser Überzeugung bin ich auf dem langen Weg mit meiner Udege-Gemeinschaft gekommen.

### Kannst du ein Beispiel nennen?

Die Gemeinschaft der Udegen besteht aus mehreren Gruppen. In meiner Region, Primorski, gibt es vier Gruppen, meine lebt am Fluss Bikin. Wir haben immer wieder erlebt, dass Unternehmen unser Land nutzen wollten. Meine Gruppe hat sich entschieden: Wir wollen nicht zu einem Standort der industriellen Rohstoffgewinnung werden. Doch andere Gruppen haben sich anders entschieden. Es gibt eine Udege-Gemeinschaft am Samarga-Fluss, zu der lange keine Strasse führte. Sie mussten

Hubschrauber für den Warentransport benutzen. Mehr und mehr junge Menschen sahen keine Zukunft in der Gemeinde und verliessen sie.

Als ein Unternehmen auf ihrem Territorium Holz abbauen wollte, nahm die Gruppe die Verhandlungen auf. So erreichten sie, dass das Unternehmen internationale Standards einhält, einschliesslich der Indigenenrechte. Das Unternehmen brachte Ressourcen und wirtschaftliche Entwicklung in die Gemeinde. Ein Hotel und eine Strasse wurden gebaut, und jedes Jahr erhält die Gemeinde Geld, das für ihre Entwicklung und ihr Überleben bestimmt ist.

Diese Geschichte hat mir gezeigt, dass die unterschiedlichen Seiten miteinander reden sollten, denn jede Situation erfordert andere Lösungen. Das bedeutet aber nicht, dass indigene Gemeinschaften Kompromisse eingehen oder Verletzungen ihrer Rechte hinnehmen müssen.

### Welche Verantwortung tragen Konsument:innen in der grünen Transformation?

Solidarität ist im Kampf um indigene Rechte und Menschenrechte zentral. In der grünen Transformation ist auch die Solidarität der Konsument:innen gefragt. Vielleicht betrifft der Ressourcenabbau diese nicht direkt, aber wir leben auf einem Planeten und unsere Probleme sind miteinander verbunden. Solidarität könnte am Ende eine grosse Rolle spielen.

**Pavel Sulyandziga** ist ein Vertreter der Udege Gemeinschaft und Gfbv-Partner. Er hat in mehreren Organisationen für die Rechte indigener Gemeinschaften mitgearbeitet und die Indigenenorganisation Batani gegründet. Heute lebt er in den USA im Exil und ist Vorsitzender des Steering Committee der Koalition Securing Indigenous Rights in Green Transition (SIRGE), der auch die Gfbv angehört.